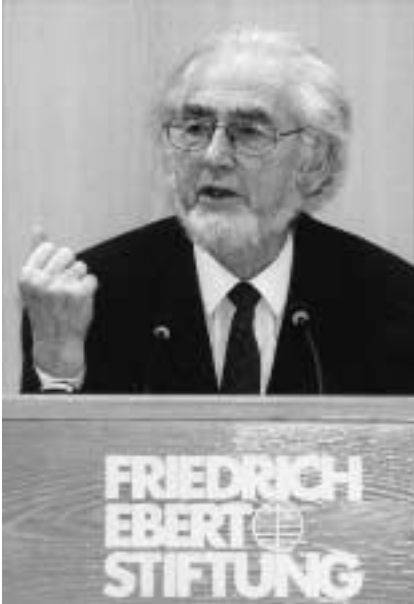


Erhard Eppler

Standpunkte ...



Meine Damen und Herren! Während ich diesen Vortrag vorbereitete, wurde ich unsicher, ob die Dramaturgie des heutigen Tages stimmt, ob es nicht besser wäre, wenn ich nach Wolfgang Merkel reden würde, weil die Gefahr besteht, dass ich nun etwas kritisiere, wovon er mir nachher sagen wird, das sei ganz daneben, er meine etwas völlig anderes.

Ich habe mir das Thema vereinfacht. Nicht die „Bedeutung des Grundwertes Gerechtigkeit für eine Reformpolitik in der Wissensgesellschaft“, sondern einfach „Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft“ habe ich mir zum Thema genommen, zumal ich nicht so recht weiß, was Reformpolitik heute ist. Darunter

verstehen die verschiedensten Leute sehr Verschiedenes.

Meine Damen und Herren, es hat mich gewundert, dass zu Beginn des neuen Jahrhunderts kaum darüber geredet wird, wie gewaltig der Unterschied ist in der Stimmung zwischen den Jahren 1900 und 2000. Vor 100 Jahren versprach ein deutscher Kaiser, sein Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Ein Bundeskanzler, der so etwas im Jahr 2000 gesagt hätte, wäre für immer lächerlich. Damals hatte jede Gruppierung ihre eigene Utopie. Es gab eine nationalistische Utopie von Deutschland als dem großen, Europa bestimmenden Reich, das sich mit einer großen Flotte Weltgeltung verschafft. Es gab eine liberale Utopie, die Hoffnung, dass Wohlstand und Bildung kontinuierlich zunehmen, bis eine ideale Gesellschaft entsteht. Und es gab natürlich die sozialistische Utopie, über die ich in diesem Kreise wenig zu sagen brauche.

Was gab es 2000? – Nichts. Es gab keine sozialistische, keine liberale, keine nationalistische Utopie. Das einzige, was gelegentlich noch diese Bezeichnung verdienen könnte, ist das, was über Europa zu sagen wäre.

Die Diskussion zur neuen Jahrhundertwende ging gar nicht mehr wie vor 100 Jahren darum: Was wollen wir?, sondern: Was bekommen wir? Nicht: Wohin wollen wir gehen?, sondern: Wohin werden wir getrieben? Was erwartet uns? Womit müssen wir rechnen? Womit müssen wir uns abfinden? Woran müssen wir uns anpassen?

Das ist für Politik kein schöner Ausgangspunkt. Denn Politik, so sie denn diesen Namen verdienen will, hat immer letztlich damit zu tun, wie wir leben wollen. Und sie verkümmert, wo wir nur noch darüber reden, wie wir zu leben haben, wenn wir überhaupt im Konkurrenzkampf etwa einer globalisierten Ökonomie bestehen wollen.

Deshalb haben zu Beginn dieses Jahrhunderts eigentlich nicht die Politiker das Sagen gehabt, sondern die Soziologen. Sie haben, wenn man so will, ihre Projektionen gefunden. Jeder wieder eine andere. Der eine sprach von der Erlebnisgesellschaft, die dann von einigen banalisiert wird zur Spaßgesellschaft. Andere dachten darüber nach, was denn eine postmoderne Gesellschaft sei. Oder dann gab es die Vorstellung der Dienstleistungsgesellschaft – schon ein bisschen älter. Ulrich Beck hat schon vor 15 Jahren das Thema Risikogesellschaft vorgestellt. Und in letzter Zeit hören wir vor allem von der Informationsgesellschaft, von der ich nicht ganz genau weiß, wie sie sich abgrenzt gegen die Wissensgesellschaft.

Aber immer wird hier ein Aspekt für das Ganze gesetzt. Nun bleibt vielleicht gar nichts anderes übrig, wenn man einen solchen Begriff schaffen will. Aber wir müssen das wissen, dass es alles höchst fragwürdige Begriffe sind, die unendlich vieles ausblenden. Auch in der Wissensgesellschaft wird der Ölpreis eine Rolle spielen – wie wir gemerkt haben in den letzten Monaten. Wissen hin oder her, die Ölscheichs wissen, wie sie ihr Geld bekommen.

Was ist wohl gemeint mit Wissensgesellschaft? Ich habe da Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten liegen einmal an mir, dass ich einfach vieles nicht weiß. Ich kann nicht – und will auch nicht – im Internet surfen. Ich bin also in manchen Dingen schlicht nicht gebildet genug, um das alles zu verstehen.

Aber es gibt dann auch Einwände, bei denen ich mich einigermaßen sicher fühle. Wissensgesellschaft meint für mich, dass sich das Wissen rapide vermehrt und damit natürlich auch immer wieder entwertet und dass dies an die Menschen, die immer neu dazulernen und verlernen müssen, ungeheure Anforderungen stellt. Das zweite, dass dieses Wissen leichter und rascher übertragbar ist als je zuvor durch die modernen Kommunikationsmittel und im Idealfall überall verfügbar sein könnte. Und schließlich das dritte, dass dieses Wissen das eigentliche Kapital ist in der globalisierten Wirtschaft, wobei ich jetzt offen lassen will, ob dieses Kapital, wie Herr Riffkin meint, nur immer gemietet oder geleast wird oder ob es auch besessen werden kann.

Nun muss ich gestehen, dass ich den Begriff Wissensgesellschaft nicht benutze. Wie gesagt, einmal weil ich mich nicht für informiert genug halte, aber zum anderen, weil er mit einem höchst verengten Wissensbegriff arbeitet. Im Grunde ist doch nur das ökonomisch verwertbare Wissen gemeint, wenn heute von Wissensgesellschaft die Rede ist. Daneben sehen wir, wie Politiker und Richter im mächtigsten Land der Erde nicht wissen, wie man sich verhält, wenn nicht klar ist, ob die Stimmen richtig gezählt worden sind. Wissensgesellschaft? Gemeint ist offenbar nur das ökonomisch verwertbare Wissen.

In einem Papier, das Thomas Meyer und Wolfgang Merkel für die Grundwertekommission gemacht haben, ist die Rede von Wissensökonomie in der Globalisierung. Damit kann ich wirklich etwas anfangen, mit einer auf Wissen basierten Ökonomie, die gleichzeitig globalisierte Ökonomie ist.

Aber eben, Europa lebt nicht vom ökonomisch verwertbaren Wissen allein. Und wir werden das immer mehr merken. Das nicht ökonomisch verwertbare Wissen, von dem Europa lebt, ist meist erzähltes oder erzählbares Wissen, wovon die Wissensgesellschaft gar nichts mehr weiß. Die Belletristik ist um 50 Prozent geschrumpft im Buchhandel. Und wenn ich von erzählbarem Wissen rede, dann meine ich Geschichten von der griechischen Mythologie über die Gleichnisse des neuen Testaments bis zu Balzac und Dickens. Das ist das Wissen, von dem Europa gelebt hat. Das ist hier ausgeblendet.

Das zweite, was mich dazu bringt, diesen Begriff nicht zu gebrauchen, ist: Er schüchtert ein. Ein ganzer Teil unserer Bevölkerung, die mit dem Wissen

sich schwer tut – da gibt es ja viele –, fühlt sich noch mehr ausgegrenzt, wenn wir diese Gesellschaft auch noch als Wissensgesellschaft definieren.

Und schließlich glaube ich, dass dieser Begriff falsche Hoffnungen weckt. Ich habe das vor einiger Zeit bei einem Politologen festgestellt, der allen Ernstes glaubt, dass die Wissensgesellschaft dazu führt, dass das Wissen immer mehr die Politik ersetzt, was ich für ein fundamentales Missverständnis halte, weil Wissenschaft und Politik sich niemals gegenseitig ersetzen können. Politik ist für Wahrheit nicht zuständig. Politik hat zu werten, wofür nun wiederum die Wissenschaft nicht zuständig ist.

Wir werden unentwegt fragen: Was tun wir eigentlich mit dem Wissen, das wir jetzt gewonnen haben in der Technik, in der Medizin? Was nutzen wir? Wie nutzen wir es? Wir werden vieles wissen, was wir gar nicht zu wissen brauchen. Und dabei denke ich an Karl Jaspers, der vor 50 Jahren über die Wissenschaft vom Wissenswerten geredet hat. Wir werden natürlich wissen, wie die Aktienkurse sind, und zwar rund um die Uhr, wenn wir es wissen wollen. Aber wir wissen heute noch nicht, wie BSE übertragen wird. Wir wissen nicht, wie man AIDS heilen kann. Und wenn wir es eines Tages wissen könnten, dann wird die Natur möglicherweise schon wieder eine neue Krankheit erfunden haben, von der wir wieder nichts wissen.

Vielleicht reicht unser Wissen dazu, das Durchschnittsalter der Menschen auf 100 Jahre und das Höchstalter auf 150 hochzuschrauben. Aber wir werden dann immer noch nicht wissen, wie eine humane Gesellschaft unter diesen Bedingungen aussehen könnte und ob dies ein Fortschritt ist. Das alles werden wir nicht wissen.

Wir werden in dem, was Wissensgesellschaft genannt wird, einen unvorstellbaren Orientierungsbedarf haben. Philosophie wird gefragt sein. Theologie wird gefragt sein. Und Politik wird gefragt sein.

All dieses Wissen wird auch nicht Nichtwissen produzieren. Je mehr wir wissen, desto mehr werden wir nicht wissen, nämlich vor allem, was wir damit machen sollen.

Barbara Sichtermann hat im Magazin des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen – das darf man ja hier zitieren – in der Nr. 3 einen hübschen Aufsatz geschrieben über die Surfer und die Denker. Und da

heißt es: „Ähnlich wie die Verbesserung der Transportmittel das weltweite Reisen zu einer Selbstverständlichkeit gemacht hat, schafft jetzt die Verbesserung der Kommunikationsmittel die Möglichkeit, Wissen in sehr kurzer Zeit gezielt zu verbreiten. Nur leider ist noch nie ein Mensch durch die bessere Verfügbarkeit von Wissensbeständen klug geworden, weil dazu eben auch die Sichtung, die Ordnung dieses Wissens und die Wertung dieses Wissens gehört.“

Noch mal Barbara Sichtermann: „Geistige Arbeit geschieht im Kopf und mit dem Kopf. Sie geschieht durch Nachdenken, Abstrahieren, Analysieren, Synthetisieren, Werten, Filtern, Assoziieren, in Zusammenhangsetzen und Schlussfolgern. Und all diese Prozesse sind gleichgültig gegenüber den Instrumenten, mit denen ihre Resultate festgehalten werden. PC-Bedienung ist bloßes Büro-Wissen. Man braucht es nicht fürs Denken, aber es ist nützlich für die Fixierung und Verbreitung seiner Früchte. Mehr hat es damit nicht auf sich.“

Ich bin ganz froh, dass ich da jemanden Jüngerer finde, der etwas sagt, was ich fühle, wenn ich von der Wissensgesellschaft höre.

Als ich im Deutschen Bundestag war, hatten wir keinerlei Assistenten. Wir hatten eine halbe Sekretärin, damit sie unsere Post in die Maschine schreibt. Und wenn ich mir überlege, was heute die Bundestagsabgeordneten zur Verfügung haben – aber sind eigentlich die Debatten seit den fünfziger Jahren interessanter geworden?

Damit komme ich zum Begriff der Gerechtigkeit. Es ist einer von drei Grundwerten, von denen einer den anderen bedingt, erläutert und bestimmt. Und im Berliner Programm, das viele nicht gelesen haben, die jetzt über das neue Programm reden, ist über diese Grundwerte Folgendes gesagt: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“

Das ist eine ganz wichtige Definition dessen, was Grundwerte bedeuten und bewirken sollen.

„Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.“ Susanne Miller wird wissen, dass das schon im Godesberger Programm stand.

„Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden, Freiheit für wenige wäre Privileg.“

Ich lese jetzt etwas über Freiheit vor (aus dem Berliner Programm), weil wir über Gerechtigkeit gar nicht vernünftig reden können, wenn wir uns vorher nicht über Freiheit unterhalten haben.

„Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des Einzelnen. Freiheit verlangt Frei-Sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken.“

Sie merken, wir sind hier schon ganz nahe an der Gerechtigkeit. Man könnte fast sagen, das gilt auch schon für die Gerechtigkeit.

„Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen.“ – Das hat schon wieder mit Gerechtigkeit zu tun.

„Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung.“ – Sie merken, der Begriff der Gerechtigkeit ist von Anfang an auf die Freiheit bezogen.

„Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen.“ Das hat vorhin Thomas Meyer noch mal betont. „Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.“

Wir haben unendlich viele Stunden in der Programmkommission über die Grundwerte diskutiert. Und ich glaube, es war Thomas Meyer, der damals diese These eingebracht hat: Gerechtigkeit ist zuerst einmal gleiche – ich würde aber noch hinzufügen: realisierbare, umsetzbare – Freiheit. Gerechtigkeit besteht darin, dass alle Menschen mit ihrer Freiheit etwas anfangen können.

Und jetzt kommt der komparative Teil: „Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur,“ was natürlich in der so genannten Wissensgesellschaft noch ein bisschen wichtiger wäre als je zuvor. Hier redet das Programm komparativisch, das heißt, es verlangt nicht Gleichheit im Einkommen, sondern mehr, etwas mehr als jetzt. Das sind keine absoluten Forderungen, sondern komparative.

Und dann kommt ein ganz wichtiger Satz: „Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“

Meine Damen und Herren, es ist gar nicht so ganz leicht, nun zu sagen: Was passt da nicht mehr? Es wird gesagt, Globalisierung und Wissensökonomie seien neue Tatbestände. Was die Globalisierung angeht, sicherlich nicht! Wir haben in der alten Programmkommission – wiederum tagelang – über Globalisierung der Ökonomie und deren Folgen gesprochen. Und wir haben das dann nachher auch festgehalten. Ich lese noch einmal vor aus diesem Geheimdokument: „Kein Land ist für sich allein lebensfähig. Klimaveränderungen – also der Abbau der schützenden Ozonschicht – kümmern sich nicht um nationale Grenzen. Kriege treffen auch unbeteiligte Völker. Wirtschaftliche Krisen oder Erfolge in einem Teil der Erde wirken sich auf alle anderen aus. Die Weltgesellschaft ist Wirklichkeit. Eine gerechte Friedensordnung ist jedoch noch in weiter Ferne.“ (Berliner Programm 1989)

Noch ein Zitat: „Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen scheint unaufhaltsam, der weltweite Wettlauf um Märkte und knappe Hilfsquellen unvermeidlich zu sein. In immer kürzerer Zeit bewegen sich Kapitalströme um den Erdball.“ – Also schon damals. – „Gigantische multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Kontrollen und erzwingen politische Entscheidungen. Expansionsmacht und Gewinnstreben schaffen gewaltigen Reichtum, erniedrigen aber gleichzeitig unzählige Menschen und ganze Nationen. Sie begrenzen unseren nationalen Handlungsspielraum. Globale Konjunktur und Strukturkrisen lassen Wirtschaftsregionen zusammenbrechen.“

All das haben wir ja inzwischen noch mal erlebt. Aber Gegenmacht entsteht, wo sich Staaten erfolgreich zu regionalen Gemeinschaften zusammenschließen (siehe Nizza) und Gewerkschaften nationale Grenzen überwinden.

Wie gesagt, die Globalisierung ist programmatisch nichts Neues. Neu sind zwei Dinge. Erstens einmal, dass diese Globalisierung jetzt den ganzen Erdball umfasst, auch den früher kommunistischen Teil, den damals (1989) noch kommunistischen Teil dieser Erde. Das ist natürlich ein neues Datum. Es gibt niemanden mehr auf dieser Erde, der wenn er irgendwo investiert, die Verstaatlichung dieser Investition befürchtet. Übrigens auch nicht in Indien. Damals hat man das in Indien noch befürchtet.

Und das zweite ist – wie gesagt – nicht die Globalisierung, sondern deren neoliberale Interpretation. Das ist neu, jedenfalls für Deutschland neu. Für Amerika und England war es damals schon nicht neu.

Es geht wohl also um die Spannung zwischen Wohlstandsmehrung in einer globalisierten, auf rasch wachsendem Wissen beruhenden Ökonomie und dem Grundwert der Gerechtigkeit.

In dem Papier von Meyer und Merkel ist auf Rawls Bezug genommen. Thomas, ich bin Dir dankbar, denn Du hast mir seinerzeit überhaupt erst den Hinweis auf Rawls gegeben. Und erst durch Dich habe ich Rawls gelesen. Sonst wäre der an mir vorbeigegangen. Aber jedenfalls haben wir damals, und zwar unter der Federführung eigentlich von Thomas, intensiv über Rawls diskutiert. Auch das ist nicht neu.

Ich lese jetzt aus diesem Papier, weil ich ja den Vortrag von Merkel noch nicht gehört habe: „Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen sind in dem Maße gerecht,“ – das ist Rawls Interpretation – „wie sie auf eigener Leistung beruhen und die ihnen zugrunde liegenden Leistungen, die der ganzen Gesellschaft und darum auch den am schlechtesten Gestellten für die Entfaltung ihrer Freiheitschancen zugute kommen. Sie sind dann nicht nur ein Ausdruck der Freiheit in der Nutzung gleicher Chancen, sondern auch der Gerechtigkeit, wenn sie der Verbesserung der materiellen Freiheitschancen der am schlechtesten Gestellten zugute kommen.“ – Ich glaube, das ist der Grundgedanke von Rawls, der hier noch einmal entfaltet wird.

Ich glaube, dass das mehrere Prämissen hat, an denen ich zweifle.

Erstens die Prämisse, dass die Einkommensunterschiede heutzutage überwiegend auf Leistung beruhen. Was neu ist in den letzten zehn Jahren, ist nicht die differenzierte Leistung, sondern der ungeheure Zuwachs der Spekulation. Wir sind ein Volk von Aktienbesitzern geworden, von denen wirklich die meisten glauben, dass sie damit reich werden können und dann enttäuscht sind, wenn sie es nicht werden. Es gibt die Einkommens- und Vermögensquelle der Spekulation; es gibt die der Macht. Eine Erzieherin oder eine Krankenschwester kann so tüchtig sein wie sie will, sie wird deshalb nicht reich, und sie leistet eine ganze Menge. Ohne diese Leistung könnte die Gesellschaft gar nicht existieren.

Wenn Herr Esser seine Abfindung mit 5 Prozent anlegen würde – und das ist ja nicht viel –, könnte er davon fünf Bundeskanzler besolden. Bedeutet das nun, dass der Herr Esser so unendlich viel mehr geleistet hat als jeder Bundeskanzler? Wenn ein normaler Intellektueller, der nicht ganz dumm ist, für einen Vortrag 500 Mark bekommt, dann müsste er 220 Jahre lang jeden Abend einen Vortrag halten, bis er so weit ist, wie der Herr Esser gekommen ist mit seiner Abfindung. Und zwar von Geburt an 220 Jahre. (Das ist einer der Gründe, warum man wahrscheinlich jetzt versucht, das Lebensalter zu erhöhen.)

Ich will damit nur andeuten, dass das eigentliche Problem doch heute nicht ist: Wie honorieren wir unterschiedliche Leistung? Unsere Wettbewerbsgesellschaft hat die Differenzierungen längst. Sondern das Problem ist: Wie verhindern wir, dass Einkommen, Vermögen sich immer mehr abkoppeln von der Leistung?

Die Lohnquote wird ja immer geringer. Und bei der Lohnquote könnte man ja Differenzierungen nach Leistung vorsehen. Bei Aktienvermögen kommt es doch nicht auf die Leistung des Aktienbesitzers an, sondern auf die Leistung ganz anderer Menschen, die vielleicht keine Aktien besitzen.

Was ich für legitim halte, wenn man von diesem Rawls-Gedanken ausgeht, ist das, was inzwischen ja auch in der Steuergesetzgebung gemacht worden ist: die Differenzierung zwischen Unternehmen und Unternehmer. Man braucht, um sich zu halten im Wettbewerb, eine hohe Investitions-

quote. Also muss man die Investitionen fördern, was nicht bedeutet, dass man die individuellen Einkommensunterschiede erhöhen muss.

Meine Damen und Herren, einem altgedienten Entwicklungspolitiker fällt bei manchem, was er heute über Gerechtigkeit hört, die *trickle-down*-Theorie ein, die bis heute seit über 30 Jahren auf Entwicklungsländer angewandt wird. Als ich als junger Minister entsetzt aus Entwicklungsländern zurückkam und auf die unvorstellbaren sozialen Unterschiede hinwies, haben mir die Ökonomen gesagt: Das muss so sein. Denn die Armen können eh nicht sparen; da wird kein Kapital gebildet. Es müssen erst die Reichen reicher werden, damit Kapital gebildet, damit investiert werden kann. Und wenn dann investiert wird, dann tröpfelt schließlich auch etwas durch für die Armen. – Was in einigen Ländern tatsächlich funktioniert hat, in den meisten allerdings nicht.

Und ich habe oft das Gefühl –nicht, wenn ich hier diese Diskussionen verfolge, sondern wenn ich Zeitungen lese –, dass ein guter Teil der neoliberalen Theorie darin besteht, dass man die *trickle-down*-Theorie, die man früher nicht gewagt hat, auf Industrieländer anzuwenden, jetzt auch auf Industrieländer anwendet. Auch hier müssen eben die Reichen reicher werden, damit schließlich etwas durchtröpfelt für die Armen.

Lassen Sie es mich so sagen: Wenn wir in dieser Gesellschaft tatsächlich etwas hätten, was wir nie gehabt haben, auch nie haben werden, nämlich gleiche Einkommen, dann würde ich ganz entschieden für die Rawlsche Theorie eintreten und würde sagen, wir brauchen um der Ökonomie willen, damit die überhaupt funktioniert, Differenzierungen in den Einkommen. Die Frage ist, ob wir das jetzt sagen müssen, wo diese Differenzierungen ohnehin da sind, größer werden und sehr häufig mit Leistung nichts mehr zu tun haben.

Woran wird heute wirtschaftliche Leistung gemessen? Wenn ich das richtig sehe, am *shareholder value*. Frage für eine sozialdemokratische Programmdiskussion: Was ist nun eigentlich die richtige Kapitalverzinsung: 10 Prozent, 20 Prozent, 25 Prozent? Was ist nötig? Was ist richtig? Ich weiß, dass es da internationale Vergleiche gibt und dass man da auch abhängig ist von dem, was international läuft. Nur glaube ich, dass das eigentlich keine programmatische Dimension hat.

Ich habe letztthin erlebt, dass man mir in einer Stadt gesagt hat: Wir wollten da einen neuen Bahnhof bauen. Das wurde plötzlich abgesagt, weil die Bahn erklärte: Wir werden nichts mehr investieren, was nicht mindestens 10 Prozent Kapitalrendite verspricht. Frage an uns: Ist das – etwa wenn es um einen Bahnhof geht – ist das genau das, was wir wollen?

Natürlich kann man – und das hat Rawls getan, und das ist auch in Ordnung – ungleiche Einkommen, also die relative Ungleichheit rechtfertigen. Aber die Frage, ob man das tun muss, hängt davon ab, wie weit die Ungleichheit schon gediehen ist. Deshalb glaube ich, dass wir im Jahr 2000 nicht mehr, sondern eher weniger Anlass dazu haben als 1989.

Die Differenzierung in den Einkommen, aus Arbeit und Einkommen aus Kapitalvermögen wird sich fortsetzen, mit und ohne unseren Segen. Und dann bin ich der Meinung: lieber ohne.

Schließlich noch eine letzte Bemerkung: Es gibt noch eine andere Prämisse in diesem Rawlschen Konzept, nämlich dass Wohlstand = Wohlfahrt = Lebensqualität ist. Darüber habe ich nun seit 30 Jahren diskutiert. Ich habe nicht die Absicht, Sie damit jetzt noch einmal zu langweilen. Aber dass es ökologische Grenzen des Wachstums gibt und soziale – siehe Fred Hirsch – ist da ganz ausgeblendet.

Meine Damen und Herren, sozialdemokratische Programme sind eigentlich nicht dazu da, das, was ohnehin geschieht, zu rechtfertigen – das haben wir bisher anderen überlassen –, sondern darzustellen, was sein soll. Wozu sonst macht man eigentlich ein Programm? Natürlich muss man die Realität einbeziehen, ernst nehmen. Aber Politik findet immer statt in der Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll. Also muss beides gleich ernst genommen werden, das, was ist, und das, was sein soll. Dieses Gleichgewicht muss auch im neuen Programm erhalten bleiben.

Lassen Sie mich zwei Bemerkungen noch am Schluss machen, wo ich glaube, dass es wirklich neuen Bedarf gibt.

Unsere westlichen Nachbarn, vor allem die romanischen, sprechen sehr viel von Exklusion, Selbstexklusion und Inklusion. Ich halte das für einen fruchtbareren Ansatz. Was wir heute erleben, ist die Exklusion der Unterschicht, derer, die nicht gebraucht werden, übrigens auch interna-

tional – fast ganz Schwarzafrika wird nicht mehr gebraucht, wird exkludiert – und die Selbstexklusion der Oberschicht, die in Amerika sich schon abgesetzt hat in die Communities, in die Festungen innerhalb der Städte, wo sie sich jenseits des staatlichen Gewaltmonopols mit privater Polizei schützt. Und dazwischen bleibt dann eine Mittelschicht, die permanent überfordert ist und permanent kleiner wird. Das scheint mir eine der Grundfragen eines modernen Programms zu sein.

Und damit zusammenhängend – darf ich das hier mal einfach so als Stein ins Wasser werfen? Im Zusammenhang mit der neoliberalen Strömung stelle ich fest, dass wir auf dem ganzen Erdball in sehr verschiedener Weise mit der Privatisierung der Gewalt zu tun haben. Kriege im strengen Sinne werden immer weniger. Die Gewalt wird immer mehr. Diese Privatisierung der Gewalt ist in Teilen Afrikas schon so weit gediehen, dass es dort zugeht wie bei uns am Ende des Dreißigjährigen Krieges, wo es also kein staatliches Gewaltmonopol mehr gibt. Kolumbien hat kein staatliches Gewaltmonopol mehr usw. Das sind Fragen: Was bedeutet es für innere und äußere Sicherheit, wenn die Gewalt sich privatisiert und dadurch die Militärs so hilflos werden wie die Pazifisten, wenn die Militärs und die Pazifisten sich in ihrer Hilflosigkeit durchaus die Hände reichen könnten.

Ich will damit nur andeuten, wo ich glaube, dass das Felder sind, die bei einer neuen Programmdiskussion unbedingt beachtet werden müssen, wenn ein solches Programm wenigstens zehn Jahre halten soll.

Aber was mir noch nicht einleuchtet ist, dass die – ich sage noch einmal – unter maßgebender Mitarbeiter von Thomas Meyer erreichte Formulierung der Grundwerte, geändert werden muss. Vielen Dank.